



Amtliche Bekanntmachungen

Herausgegeben im Auftrag des Rektors von der Abteilung Hochschulrechtliche, akademische u. hochschulpolitische Angelegenheiten, Straße der Nationen 62, 09111 Chemnitz - Postanschrift: 09107 Chemnitz

Nr. 39/2010

27. Oktober 2010

Inhaltsverzeichnis

Berufungsordnung der Technischen Universität Chemnitz

Seite 1777

Berufungsordnung der Technischen Universität Chemnitz Vom 22. Oktober 2010

Aufgrund von § 13 Abs. 5 Satz 1 in Verbindung mit § 59 Abs. 3 und § 60 Abs. 5 Satz 2 des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz – SächsHSG) vom 10. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 900), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 375, 377) geändert worden ist, hat das Rektorat der Technischen Universität Chemnitz folgende Berufsordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

Präambel

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Antrag auf Besetzung von Professuren
- § 3 Ausschreibung
- § 4 Berufungsbeauftragte
- § 5 Besetzung und Zusammensetzung der Berufungskommission
- § 6 Tätigkeit der Berufungskommission und Verfahrensregelungen
- § 7 Berufungsvorschlag
- § 8 Entscheidung des Rektors über den Fortgang des Verfahrens
- § 9 Entscheidung über den Berufungsvorschlag, Ruferteilung
- § 10 Berufungsverhandlungen
- § 11 Bleibeverhandlungen
- § 12 Außerordentliche Berufung von Professoren
- § 13 Gemeinsame Berufungen
- § 14 Vertraulichkeit
- § 15 Inkrafttreten und Veröffentlichung

In dieser Ordnung gelten grammatisch maskuline Personen-, Amts- und Funktionsbezeichnungen gleichermaßen für Personen weiblichen und männlichen Geschlechts.

Präambel

Die Besetzung von Professuren ist ein zentrales Instrument für die Umsetzung der Struktur- und Entwicklungsplanung an der Technischen Universität Chemnitz. Ziel von Berufungsverfahren ist die Sicherung der Qualität in Forschung und Lehre, der Profilbildung und einer zukunftsorientierten Entwicklung der Universität als attraktive Bildungs- und Forschungseinrichtung im internationalen Wettbewerb. Alle Schritte im

Berufungsverfahren sollen transparent und zügig durchgeführt werden. Ein wertschätzender Umgang mit den Bewerbern sowie die Gleichbehandlung aller Bewerber ist ein wesentlicher Anspruch im Berufungsverfahren. Die Technische Universität Chemnitz verfolgt das Ziel, den Anteil von Professorinnen deutlich zu erhöhen.

§ 1

Geltungsbereich

Diese Ordnung regelt auf der Grundlage des Sächsischen Hochschulgesetzes das Verfahren zur Besetzung von Stellen für Professoren an der Technischen Universität Chemnitz. Sie gilt in gleicher Weise für die Besetzung von befristeten Professuren sowie für die Besetzung von Stellen für Juniorprofessoren, soweit nicht etwas Abweichendes geregelt ist. Das Nähere zum Verfahren der Evaluation von Juniorprofessoren nach § 70 SächsHSG wird gesondert durch Ordnung geregelt.

§ 2

Antrag auf Besetzung von Professuren

(1) Die Stellen für Hochschullehrer werden vom Rektorat im Benehmen mit dem Fakultätsrat durch Funktionsbeschreibung inhaltlich festgelegt. Der Fakultätsrat ist berechtigt, dem Rektorat diesbezüglich einen Vorschlag zu unterbreiten.

(2) Wird eine Professorenstelle frei, unterbreitet der Fakultätsrat dem Rektorat im Falle des Ausscheidens eines Professors aufgrund dessen Eintritts in den Ruhestand spätestens zwei Jahre vor dem Freiwerden der Stelle, anderenfalls mit dem Bekanntwerden des Freiwerdens der Stelle einen Vorschlag zur Wiederbesetzung bzw. zur Umwidmung und zur Funktionsbeschreibung der Stelle. Auf der Grundlage des Entwicklungsplanes der Fakultät kann der Fakultätsrat einen Antrag auf Neuzuweisung einer Hochschullehrerstelle stellen. Das Rektorat entscheidet unter Berücksichtigung der Entwicklungspläne der Universität und der jeweiligen Fakultät, ob eine freiwerdende Hochschullehrerstelle wieder besetzt wird. Der Fakultätsrat der betroffenen Fakultät ist vor der Entscheidung zu hören.

(3) Die Begründung eines Antrages auf Wiederbesetzung bzw. Zuordnung einer freiwerdenden Stelle muss insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. die gewünschte Denomination, deren englische Übersetzung und eine Begründung zur Besoldungswertigkeit der Professur,
2. die Einordnung der Professur in die Entwicklungspläne der Fakultät und der Universität unter Berücksichtigung der Forschungsschwerpunkte der Technischen Universität Chemnitz und der Hochschulentwicklungsplanung des Freistaates Sachsen,
3. die vorgesehenen Aufgaben der Professur in der Lehre und Forschung, insbesondere eine Darstellung der Notwendigkeit der Professur für das Studienangebot der Fakultät und für die Stärkung interdisziplinärer und interfakultärer Kooperationen,
4. die Abgrenzung der Professur zu anderen, insbesondere auch zukünftig neu zu besetzenden Professuren,
5. eine Begründung für eventuelle Änderungen des Schwerpunktes gegenüber der freiwerdenden Stelle und
6. die seitens der Fakultät beabsichtigte personelle und sächliche Ausstattung der Professur.

Weiterhin sind der Entwurf eines Ausschreibungstextes und der Vorschlag für die Zusammensetzung der Berufungskommission einschließlich ihres Vorsitzenden auf der Grundlage eines Fakultätsratsbeschlusses vorzulegen.

(4) Mit der Entscheidung über die inhaltliche Ausrichtung der Professur verabschiedet das Rektorat den Ausschreibungstext (§ 3 Abs. 2), nimmt Stellung zur Zusammensetzung der Berufungskommission (§ 5) und bestellt einen Berufungsbeauftragten (§ 4). Der Rektor setzt den Dekan von der Entscheidung des Rektorates in Kenntnis und zeigt diese dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst an.

§ 3

Ausschreibung

(1) Die Stellen für Hochschullehrer sind frühestmöglich öffentlich und in der Regel international auszuscreiben. Die in § 59 Abs. 2 Satz 2 SächsHSG geregelten Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht bleiben unberührt.

(2) Der Ausschreibungstext muss folgende Angaben enthalten:

1. die Fakultät, welcher die Professur zugeordnet ist, und die vorgesehene Besoldungs- oder Vergütungsgruppe,
2. den Zeitpunkt der Besetzung,

3. das in Lehre und Forschung zu erfüllende Anforderungsprofil, insbesondere Art und Umfang der wachzunehmenden Aufgaben, erforderliche Sprachkompetenzen und erwartete Transferaufgaben sowie Erfahrungen in der Einwerbung von Drittmitteln,
 4. die geforderten Berufungsvoraussetzungen gemäß dem SächsHSG,
 5. die Erwartung, dass der zukünftige Stelleninhaber seinen Lebensmittelpunkt nach bzw. in die Region Chemnitz verlegen wird,
 6. die von den Bewerbern einzureichenden Unterlagen (Lebenslauf, wissenschaftlicher Werdegang, Publikationsverzeichnis, Liste der Lehrveranstaltungen, Ergebnisse von Lehrevaluationen, Qualifikationsnachweise) und
 7. bei Professuren auf Zeit oder von Juniorprofessuren gegebenenfalls der Hinweis auf eine Option zur Übernahme in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis als Professor (§ 59 Abs. 2 Satz 2 SächsHSG).
- (3) Die Ausschreibung soll in nationalen und/oder internationalen Fachzeitschriften und im Internet erfolgen, um potenzielle Bewerber im In- und Ausland zu erreichen. Geeignete Bewerber sollen auch auf anderen Wegen, wie z.B. durch aktive Ansprache oder durch Information an anderen Institutionen, auf die Ausschreibung aufmerksam gemacht und zur Bewerbung angeregt werden. Die Ausschreibung erfolgt auf Veranlassung der Fakultät durch das Dezernat Personal der Zentralen Universitätsverwaltung.
- (4) Führt die erste Ausschreibung nicht wenigstens zu drei Bewerbern, die dem Anforderungsprofil entsprechen, soll die Ausschreibung der Stelle in der Regel wiederholt werden.

§ 4

Berufungsbeauftragte

- (1) Das Rektorat setzt für jedes Berufungsverfahren einen Berufsbeauftragten ein, welcher im Verfahren ohne Stimmrecht mitwirkt. Der Berufsbeauftragte ist zu den Sitzungen der Berufungskommission zu laden und durch rechtzeitige Überlassung der zum Verfahren gehörenden Unterlagen über den Verfahrensgang zu informieren.
- (2) Der Berufsbeauftragte berät die Berufungskommission hinsichtlich der relevanten rechtlichen Bestimmungen und wirkt darauf hin, dass bei der Entscheidungsfindung der Berufungskommission der Entwicklungsplan der TU Chemnitz und der Entwicklungsplan der jeweiligen Fakultät sowie die in der Funktionsbeschreibung der Professur und im Ausschreibungstext festgelegten Kriterien berücksichtigt werden. Er achtet darauf, dass der wettbewerbliche Charakter des Verfahrens gewahrt bleibt, es hinreichend transparent und zügig durchgeführt wird und die Bewerber über den Verfahrensstand informiert werden. Der Berufsbeauftragte berichtet dem Rektorat regelmäßig über den aktuellen Stand des Berufungsverfahrens.

§ 5

Besetzung und Zusammensetzung der Berufungskommission

- (1) Zur Vorbereitung des Berufungsvorschlages setzt der Fakultätsrat nach Anhörung des Rektorates eine Berufungskommission ein. Hierfür leitet der Dekan einen Vorschlag für die Zusammensetzung der Kommission an den Rektor zur Einholung einer Stellungnahme des Rektorates weiter und unterbreitet dem Rektor einen Vorschlag für den Vorsitz der Kommission. Unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Rektorates beschließt der Fakultätsrat abschließend über die Einsetzung der Berufungskommission. Der Rektor bestimmt den Vorsitzenden der Berufungskommission im Einvernehmen mit dem Fakultätsrat. Kommt das Einvernehmen innerhalb einer Frist von einem Monat nach Ablauf der Bewerbungsfrist nicht zustande, entscheidet der Rektor über den Vorsitz.
- (2) Der Berufungskommission gehören mindestens vier Professoren stimmberechtigt an. Ihr muss mindestens ein externer Sachverständiger, in der Regel ein Professor, angehören. Die Professoren müssen über eine Mehrheit von einem Sitz verfügen. Weiterhin sind in der Berufungskommission Vertreter der Mitgliedergruppen der akademischen Mitarbeiter, der Studenten und in der Regel auch der sonstigen Mitarbeiter angemessen vertreten. Juniorprofessoren dürfen nur als stimmberechtigte Mitglieder der Berufungskommission eingesetzt werden, wenn ihnen mit der Bestellung zum Außerplanmäßigen Professor gemäß § 70 Satz 4 SächsHSG das Recht zur Mitwirkung in Berufungskommissionen übertragen wurde.
- (3) In der Berufungskommission sollen Frauen sowie Vertreter anderer Fakultäten aus fachlich benachbarten Gebieten angemessen vertreten sein. In der Berufungskommission können weitere Personen beratend mitwirken. Die Mitwirkung in der Berufungskommission bei Wiederbesetzung der eigenen Stelle ist ausgeschlossen.
- (4) Der Gleichstellungsbeauftragte der Fakultät hat das Recht, an Sitzungen der Berufungskommissionen mit Rede- und Antragsrecht teilzunehmen. Für den Fall, dass sich eine schwerbehinderte Person beworben hat, ist die Schwerbehindertenvertretung der Universität hinzuzuziehen. Der Gleichstellungsbeauftragte und der Schwerbehindertenvertreter sind wie Mitglieder zu laden und zu informieren.

(5) Der Gleichstellungsbeauftragte der Universität soll durch den Gleichstellungsbeauftragten der Fakultät regelmäßig über den Stand des Berufungsverfahrens unterrichtet werden. Der Gleichstellungsbeauftragte der Universität hat außerdem das Recht auf Einsichtnahme in die Bewerbungsunterlagen.

§ 6

Tätigkeit der Berufungskommission und Verfahrensregelungen

(1) Die Berufungskommission legt in ihrer ersten Sitzung den Ablauf des mehrstufigen Auswahlverfahrens fest. In diesem können insbesondere ein öffentlicher Vortrag, eine Probelehrveranstaltung, ein Vorstellungsgespräch sowie die Anforderung und Bewertung von Schriften der Bewerber zur Anwendung kommen. Das Auswahlverfahren der jeweiligen Stufe ist für alle Bewerber unter gleichen Bedingungen durchzuführen.

(2) Weiterhin legt die Berufungskommission aufgrund der Funktionsbeschreibung und des Ausschreibungstextes Auswahlkriterien und deren Gewichtung für die Auswahlentscheidungen fest.

(3) Die Berufungskommission kann im Verfahren auch Personen berücksichtigen, welche sich nicht beworben haben.

(4) Für diejenigen Bewerber, welche als geeignet für eine Aufnahme in den Berufungsvorschlag befunden werden, sind in der Regel jeweils mindestens drei externe Gutachten von auf dem Berufungsgebiet anerkannten Wissenschaftlern anzufordern. Die drei Gutachten können Einzelgutachten oder auch vergleichende Gutachten sein. Die Gutachter werden von der Berufungskommission bestimmt und sollen mit dem Werdegang der Bewerber nicht in enger Verbindung stehen. Stimmberechtigte Mitglieder der Berufungskommission können nicht als Gutachter im Verfahren tätig werden. Die Gutachten sollen die Leistungen der Bewerber in Lehre und Forschung sowie deren Eignung für die Stelle im Hinblick auf die Funktionsbeschreibung der Stelle, auf den Ausschreibungstext und auf die Berufungsvoraussetzungen nach dem SächsHSG beurteilen.

(5) Zu den Sitzungen der Berufungskommission wird durch den Vorsitzenden in der Regel mit einer Frist von zwei Wochen schriftlich mit Tagesordnung eingeladen. In Abstimmung mit den Mitgliedern der Berufungskommission kann auch mit einer kürzeren Frist und unter Benutzung elektronischer Kommunikationsmittel eingeladen werden. Die Berufungskommission ist beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

(6) Beschlussfassungen bedürfen der Mehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Über Auswahlentscheidungen und über den Berufungsvorschlag ist geheim abzustimmen. Die Bestimmungen der §§ 20 und 21 des Bundesverwaltungsverfahrensgesetzes über Ausschluss und Befangenheit gelten entsprechend.

(7) Zu jeder Sitzung der Berufungskommission ist jeweils ein vom Vorsitzenden unterzeichnetes Sitzungsprotokoll zu fertigen. Dieses muss insbesondere folgende Angaben enthalten: Datum, Ort, anwesende Personen, wesentlicher Inhalt der Sitzung und Abstimmungsergebnisse. Im Protokoll sind weiterhin die Gründe, insbesondere die fachlichen, für das Ausscheiden von nicht berücksichtigten Bewerbern zu dokumentieren.

§ 7

Berufungsvorschlag

(1) Die Berufungskommission erstellt innerhalb von neun Monaten nach Ablauf der Bewerbungsfrist auf der Grundlage der externen Gutachten sowie einer vergleichenden Würdigung einen begründeten Berufungsvorschlag. Dieser soll drei Namen und eine Rangfolge der Vorgeschlagenen enthalten. An der Technischen Universität Chemnitz Beschäftigte können nur in begründeten Ausnahmefällen vorgeschlagen werden. Ein solcher Ausnahmefall liegt insbesondere vor, wenn der Vorgeschlagene sich in seiner Befähigung deutlich von anderen Bewerbern abhebt oder zeitnah bereits einen Ruf an eine andere Hochschule oder eine Forschungseinrichtung erhalten hat. Die Ausnahmen des § 60 Abs. 3 Satz 6 SächsHSG bleiben unberührt.

(2) Die Begründung des Berufungsvorschlages muss eine Bewertung der Lehr- und Forschungsleistungen sowie - soweit vorhanden - von Lehrevaluationen der Vorgeschlagenen enthalten. Die Begründung soll das nach § 6 Abs. 1 festgelegte Auswahlverfahren darstellen und sich an den nach § 6 Abs. 2 festgelegten Auswahlkriterien orientieren. Die festgelegte Rangfolge der Vorgeschlagenen ist durch eine vergleichende Würdigung der fachlichen, pädagogischen und persönlichen Eignung der Vorgeschlagenen zu begründen. Ein Vorliegen habitationsäquivalenter Leistungen, eines Ausnahmefalles für die Erstellung eines Berufungsvorschlages mit weniger als drei Namen oder eines Ausnahmefalles nach Absatz 1 Satz 3 muss ebenfalls im Berufungsvorschlag begründet werden.

(3) Der Vorsitzende der Berufungskommission gibt dem Rektor den begründeten Berufungsvorschlag zur Kenntnis. Als weitere Unterlagen sind

1. die Protokolle der Sitzungen der Berufungskommission,
2. eine Auflistung aller Bewerber,
3. die Gutachten,
4. die Bewerbungsunterlagen der Vorgeschlagenen,

5. das Votum des Gleichstellungsbeauftragten der Fakultät und des Gleichstellungsbeauftragten der Universität zum Berufungsvorschlag sowie
6. gegebenenfalls eine Stellungnahme des Schwerbehindertenvertreters beizufügen.

(4) Bei Nichteinhaltung der Frist nach Absatz 1 entscheidet der Rektor über die Einstellung des Berufungsverfahrens. Ist eine Berufungskommission der Auffassung, dass das eingeleitete Verfahren keinen hinreichenden Erfolg verspricht, teilt sie dies dem Rektor unter Angabe der Gründe unverzüglich mit.

§ 8

Entscheidung des Rektors über den Fortgang des Verfahrens

- (1) Der Rektor prüft den Berufungsvorschlag insbesondere danach,
 1. ob bei der Erstellung des Berufungsvorschlages die Bestimmungen des SächsHSG sowie dieser Berufsordnung beachtet worden sind,
 2. der Berufungsvorschlag unter Berücksichtigung der Funktionsbeschreibung der Stelle, der Auswahlkriterien sowie der Entwicklungspläne von Universität und Fakultät schlüssig begründet ist und
 3. ob die Auswahl der Bewerber und die festgelegte Rangfolge schlüssig begründet sind.
- (2) Aufgrund des Ergebnisses der Prüfung des Berufungsvorschlages sowie der Berichterstattung des Berufsbeauftragten des Rektorats und nach Einholung eines Meinungsbildes im Rektorat entscheidet der Rektor über den Fortgang des Berufungsverfahrens. Genügt der Berufungsvorschlag den Anforderungen nach Absatz 1, stimmt der Rektor der Behandlung des Berufungsvorschlages im Fakultätsrat zu. Genügt der Berufungsvorschlag den Anforderungen nach Absatz 1 nicht, kann der Rektor den Berufungsvorschlag an die Berufungskommission zur erneuten Beratung und Beschlussfassung zurückverweisen oder das Verfahren einstellen.

§ 9

Entscheidung über den Berufungsvorschlag, Ruferteilung

- (1) Im Falle des § 8 Abs. 2 Satz 2 beschließt der Fakultätsrat in geheimer Abstimmung über den Berufungsvorschlag. Der Beschluss bedarf der Mehrheit der Stimmen der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer, wobei auch die Hochschullehrer der Fakultät, die nicht dem Fakultätsrat angehören, nach Maßgabe der Bestimmungen des § 88 Abs. 2 SächsHSG stimmberechtigt mitwirken dürfen. Die Möglichkeit der Mitwirkung sowie Zeit und Ort der Sitzung sind ihnen unter Angabe der Tagesordnung in der Regel eine Woche vor der Sitzung mitzuteilen. Der Dekan leitet den Beschluss des Fakultätsrates (Protokollauszug) sowie den Nachweis über die frist- und formgerechte Einladung der Mitglieder des Fakultätsrates innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Entscheidung des Rektors nach § 8 Abs. 2 Satz 2 an diesen weiter.
- (2) Der Rektor entscheidet - gegebenenfalls unter Berücksichtigung eines Meinungsbildes des Rektorates - über die Ruferteilung an einen der Vorgeschlagenen. Er ist an den Beschluss des Fakultätsrates nicht gebunden. Beabsichtigt der Rektor, vom Beschluss des Fakultätsrates abzuweichen, erörtert er dies zuvor mit dem Dekan. Mit der Ruferteilung bittet der Rektor den Kandidaten zur Vorbereitung der Berufungsverhandlungen um eine Darlegung konzeptioneller Überlegungen zur Ausgestaltung der Professur und der Vorstellungen zur Ausstattung der Professur.
- (3) Der Rektor informiert den Dekan über die Rufentscheidung und teilt den weiteren in den Berufungsvorschlag aufgenommenen Bewerbern ihre Listenplatzierung mit. Die anderen, nicht in den Berufungsvorschlag aufgenommenen Bewerber werden durch den Dekan oder den Vorsitzenden der Berufungskommission unterrichtet.
- (4) Beruft der Rektor keinen der Vorgeschlagenen oder lehnen die Vorgeschlagenen eine Berufung ab, fordert er die Berufungskommission zu einem neuen Berufungsvorschlag auf. Hierfür kann die Berufungskommission auf die weiteren Bewerber auf die Professur sowie auf Personen, welche sich nicht beworben haben, jedoch im Verfahren berücksichtigt worden sind (§ 6 Abs. 3), zurückgreifen oder die Stelle nochmals ausschreiben. Anderenfalls stellt der Rektor das Berufungsverfahren im Einvernehmen mit dem Senat ein.

§ 10

Berufungsverhandlungen

Nach der Ruferteilung an einen der Vorgeschlagenen finden Gespräche zwischen dem Vorgeschlagenen, dem Dekan sowie dem Rektor oder einem von ihm beauftragten Mitglied des Rektorates bezüglich der Ressourcenausstattung der zu besetzenden Professur sowie der persönlichen Bezüge statt. Der Vorgeschlagene wird hierfür gebeten, inhaltliche Ziele für die Tätigkeit an der Professur für die nächsten Jahre zu formulieren und entsprechende Ressourcenvorstellungen zu benennen. Rektorat und Dekan stimmen sich hinsichtlich der Ausstattungs- und Besoldungsfragen vor dem Berufungsgespräch ab. Bei der Besetzung von Juniorprofessuren entfallen in der Regel Berufungsverhandlungen. Ausstattungsfragen werden bei Juniorprofessuren in der Regel innerhalb der Fakultät geklärt. Der Rektor kann eine Frist für die Rufannahme bestimmen.

Nach den Berufungsverhandlungen erhält der Kandidat in der Regel ein schriftliches Berufsangebot. Die Zusagen zur personellen und sächlichen Ausstattung der Aufgabenbereiche von Professoren werden in der Regel für drei Jahre befristet erteilt.

§ 11

Bleibeverhandlungen

- (1) Hat ein Professor einen Ruf an eine andere Hochschule oder ein Einstellungsangebot von außerhalb des Hochschulbereiches erhalten, können Bleibeverhandlungen geführt werden. Mit dem Ersuchen an den Rektor um Aufnahme von Bleibeverhandlungen ist das Rufschreiben bzw. das Einstellungsangebot in Schriftform vorzulegen.
- (2) Über die Aufnahme von Bleibeverhandlungen entscheidet das Rektorat im Benehmen mit dem zuständigen Dekan.
- (3) Im Übrigen gilt § 10 entsprechend.

§ 12

Außerordentliche Berufung von Professoren

- (1) Im Falle, dass durch die Gewinnung eines Wissenschaftlers, der sein Fachgebiet nachweislich geprägt hat, ein profilbildendes Fachgebiet an der Universität aufgebaut oder ein Fach oder eine Fakultät grundlegend erneuert oder nachhaltig gestärkt werden können, kann ein außerordentliches Berufungsverfahren gemäß § 61 SächsHSG durchgeführt werden. Die Einleitung dieses Verfahrens erfolgt abweichend von den §§ 2 bis 9 durch den Rektor nach Anhörung des Senates und des Fakultätsrates mit Zustimmung des Hochschulrates. Die Initiative hierzu kann sowohl von der Fakultät als auch vom Rektorat ausgehen.
- (2) Der Rektor setzt zur Vorbereitung des Berufungsvorschlages eine Findungskommission ein. Dieser müssen mindestens vier externe auf dem Fachgebiet anerkannte Wissenschaftler mit Stimmrecht und der Gleichstellungsbeauftragte mit beratender Stimme angehören. Die Aufgaben der Findungskommission sowie das Verfahren der außerordentlichen Berufung sind in § 61 Abs. 3 SächsHSG geregelt.

§ 13

Gemeinsame Berufungen

Die Technische Universität Chemnitz und eine Forschungseinrichtung außerhalb der Universität können Professoren zum Zwecke der Förderung und Intensivierung ihrer personellen und fachlichen Zusammenarbeit in Forschung und Lehre gemeinsam berufen. Das Verfahren wird unter Berücksichtigung der Regelungen des § 62 SächsHSG durch eine Vereinbarung zwischen der Universität und der außeruniversitären Forschungseinrichtung geregelt.

§ 14

Vertraulichkeit

Die Sitzungen der Berufungskommission und die Behandlung des Berufungsvorschlages in den Gremien finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Beteiligten sind zur Verschwiegenheit über die Gegenstände der Sitzungen verpflichtet. Bewerbungs- und Sitzungsunterlagen sind vertraulich zu behandeln.

§ 15

Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Technischen Universität Chemnitz in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Rektorates der Technischen Universität Chemnitz vom 6. Oktober 2010.

Chemnitz, den 22. Oktober 2010

Der Rektor
der Technischen Universität Chemnitz

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Matthes